

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

2.4.1913 (No. 89)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

N^o 89

Mittwoch, den 2. April 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karlsrueher-Str. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Kartagen in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Denksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 22. März 1913 gnädigst geruht, den Professor Oskar Spath am Gymnasium in Karlsruhe zum Direktor des Gymnasiums in Donaueschingen zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 22. März 1913 gnädigst geruht, den Privatdozenten Dr. Heinrich Hocniger an der Universität Freiburg zum etatmäßigen außerordentlichen Professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg zu ernennen.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat unter dem 30. Dezember 1912 den Justizaktuar Georg Benz beim Notariat Wertheim zum Notariat Schwellingen,

unter dem 5. Februar 1913 den Justizaktuar August Schäfer beim Landgericht Karlsruhe zum Notariat Karlsruhe IV—VII,

unter dem 14. Februar 1913 den Justizsekretär Ferdinand Schwab beim Amtsgericht Triberg zum Amtsgericht Bfrozheim und den Justizsekretär Joseph Andres bei letzterer Behörde zum Amtsgericht Triberg versetzt.

Der Verpflegungsbeitrag für die in die staatlichen Anstalten aufgenommenen blinden und taubstummen Kinder wird gemäß § 8 letzter Absatz des Gesetzes vom 11. August 1902, die Erziehung und den Unterricht nicht volljähriger Kinder betr. (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1902 Nr. XXVII, Seite 241) auf Grund des durchschnittlichen Aufwandes der letzten 10 Jahre für die Zeit vom 1. Mai 1913 bis 1. Mai 1923 auf den Jahresbetrag von 255 M. festgesetzt.

Karlsruhe, den 31. März 1913.

Großh. Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Böhm. Dürr.

Die Kronen-Apothek in Baden-Lichtental betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Kronen-Apothek in Baden-Lichtental, die durch Verzicht des seitherigen Berechtigten in Erledigung gekommen ist, wird hiermit zur Verberbung ausgeschrieben. Der neue Berechtigte hat die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine — nötigenfalls von dem unterzeichneten Ministerium endgültig festzusetzende — Vergütung zu übernehmen.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse bei dem unterzeichneten Ministerium binnen 14 Tagen einzureichen.

Karlsruhe, den 27. März 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Gloßner. Dr. Bader.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 1. April.

Die neue Militärvorlage.

Von Generalmajor z. D. von Loebell.

Durch Mehreinstellung von jährlich 63 000 Rekruten wird der größte Teil der diensttauglichen jungen Männer in Deutschland in Zukunft seiner Dienstpflicht genügen; die allgemeine Dienstpflicht gelangt zur Durchführung; dem wehrfähigen jungen Deutschen wird sein Recht: das ist der leitende Gedanke der Wehrevorlage. Vor allem soll durch Mehreinstellung der Friedensstand der vorhandenen Truppenteile erhöht werden; das ist der große Vorzug der Vorlage; denn dadurch werden die Friedensausbildung, die Mobilmachung, der Übergang vom Friedens- in den Kriegszustand erleichtert und die Schlagfertigkeit erhöht. Hervorzuheben ist, daß auch bei sämtlichen Kavallerieregimenten der Mannschafts- und wie bei den Feldartillerieregimenten, der Pferdebestand erhöht werden soll; dadurch wird die Kavallerie bereits am ersten Tage nach der Kriegserklärung marschbereit. Bei der Infanterie wird in Zukunft, sieht man von den Ab-

gaben zu Reserveformationen ab, die Einziehung des zuletzt entlassenen, also durchgebildeten Jahrgangs genügen, um den Kriegszustand zu erreichen. Das Kriegsheer wird verjüngt, die älteren Jahrgänge werden entlastet und können in Reserve gehalten werden. Neben der Errichtung der noch fehlenden dritten Bataillone und einiger unbedingt notwendigen Truppenteile sollen grundsätzlich nicht zahlreiche Reformationen und neue Truppenverbände aufgestellt werden. Dies weist Maßhalten ist zu begrüßen. Für jede Reformation sind Abgaben an Offizieren und Unteroffizieren in großer Zahl notwendig, so daß die vorhandenen Truppenteile leiden würden, ginge die Heeresverwaltung über das notwendige Maß, ohne Beschränkung, hinaus. Obnehin sind 4000 Offiziers- und 15 000 Unteroffiziersstellen neu zu besetzen, wobei zu bedenken bleibt, daß die Zahl der im Stabsoffiziersrang stehenden Offiziere eine sehr geringe Erhöhung erfährt und daß die für Unteroffiziere offenen Zivilversorgungsstellen nicht vermehrt werden können. Von großer Bedeutung sind daher die Reformationen, durch die die Unteroffizierlaufbahn sich günstiger gestalten wird. Die Dienstprämien der Unteroffiziere sollen auf 1500 M., die Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivilversorgungscheins auf 3000 M. heraufgesetzt und die Verpflegung verbessert werden. Schon jetzt war es eine schwere Sorge, daß nicht alle Unteroffiziere der Zivilversorgung teilhaftig wurden; die Truppenteile hatten überalterte Unteroffiziere; mit einem Kapital von 4500 M. mag sich in Zukunft mancher von diesen, unter Verzichtleistung auf Zivilversorgung, eine bescheidene Existenz gründen.

Einzelne Reformationen konnten nicht länger aufgeschoben werden. Es werden die noch fehlenden 6 Kavallerieregimenter und bayerischen Esfabrons errichtet, 3 neue Fußartillerieregimenter, 11 Pionier- und 13 neue Bataillone Berkestruppen, 1 Trainbataillon und 20 Trainkompagnien angefordert. Dadurch, daß die Jägerbataillone Maschinen- und Radfahrerkompagnien erhalten, dürfte in erster Linie die Gefechtskraft der Kavalleriedivisionen erhöht und diese selbstständiger werden. Daß Kavalleriedivisionen im Frieden nicht errichtet werden, war vorauszuweisen, da sich die maßgebenden Sachverständigen dagegen ausgesprochen haben. Bei der Fußartillerie werden 4 neue Besspannungsabteilungen und 15 Festungsmaschinengewehrabteilungen errichtet; bei den Pionieren werden die Scheinwerferzüge zu Scheinwerferabteilungen ergänzt, 8 neue errichtet und 8 Pionierbataillone in Regimenter umgewandelt.

Bei der Infanterie, Fuß- und Feldartillerie werden für Reserveformationen Stabsoffiziere, bezüglich Hauptleute, bei der Kavallerie Mittmeister angefordert. Nur durch Vermehrung der Stabsoffizierstellen kann auf die Dauer das Avancement verbessert werden. Die Hauptmannstellen müssen, so nötig sie an und für sich wären, auf die angeforderte Zahl beschränkt bleiben, da andernfalls eine noch größere Zahl von Hauptleuten in die verhältnismäßig geringe Anzahl Stabsoffizierstellen einrücken müßten; auch liegt unseren dienstfreundlichen Hauptleuten die Beschäftigung außerhalb der verantwortungsvollen Kompaniechefsstellen nicht gut.

Mit der Erhöhung des Verpflegungssatzes für die Mannschaften wird geradezu ein Notstand beseitigt; denn nur bei der Verpflegung der Mannschaften wurde bisher die Verteuerung der Nahrungsmittel nicht berücksichtigt. Infolge der veränderten politischen Lage erfordert insbesondere unsere langgestreckte Ostgrenze eines vermehrten Schutzes durch Ausbau von Befestigungen. Daß für den Ausbau der Luftflotte erhebliche Mittel angefordert werden, ist selbstverständlich.

Natürlich sind infolge der Steigerung der Friedenspräsenzstärke des Heeres eine Anzahl von Stäben, Kommandos und Verwaltungsbehörden Vorbereitungsstellen neu notwendig oder vorhandene zu ergänzen; hierzu kommen noch Neubauten und Kriegsmaterialvermehrungen. Daß auf die Ersatzreserve nicht zurückgegriffen werden muß, ist erfreulich.

Gelangt die Vorlage zur Annahme, und darüber besteht kein Zweifel, so wird sich das deutsche Volk unter dem Schutze eines mächtigen Heeres auch in Zukunft des Friedens und damit des Wohlstandes erfreuen können.

Berlin, 31. März. In dem Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen im Finanzwesen lauten die Paragraphen 4 und 5:

§ 4.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, bis zur Höhe von einhundertzwanzig Millionen Mark einen zur Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs dienenden Bestand an Silbermünzen zu beschaffen und hierfür im gleichen Betrage Prägungen außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) bestimmten Grenze von 20 M. für den Kopf der Bevölkerung vorzunehmen.

Die zur Beschaffung dieses Silberbestandes erforderlichen Mittel sind nach näherer Bestimmung des Reichshaushaltsetats bereitzustellen. Zu diesem Zwecke kann auch der aus den Prägungen im Münzwesen sich ergebende Überschuß verwendet werden, für das Rechnungsjahr 1913 jedoch nur insoweit, als er den Betrag von 10 750 000 Mark übersteigen wird.

§ 5.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, bis zur Höhe von hundertzwanzig Millionen Mark weitere Reichskassenscheine in Abschnitten zu 5 und 10 M. ausfertigen zu lassen. Der Erlös dieser Reichskassenscheine, auf welche § 1, Abs. 2, §§ 5 bis 7 des Gesetzes betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen vom 30. April 1874 — Reichs-Gesetzbl. S. 40 — entsprechende Anwendung finden, ist zur Beschaffung eines gleichen Betrages in gemünztem Golde mit der Zweckbestimmung des Reichskriegsschatzes (Gesetz betreffend die Bildung eines Reichskriegsschatzes vom 11. November 1871 — Reichs-Gesetzbl. S. 403) zu verwenden.

*

Das infolge der Neuaufstellung von Stabsoffizieren und Hauptleuten eintretende Avancement wird von der „Neuen politischen Correspondenz“ wie folgt charakterisiert: Zur Neuaufstellung kommen in Preußen 8 Regimentskommandeure, 437 Stabsoffiziere und 584 Hauptleute und Rittmeister, in Sachsen 1 Regimentskommandeur, 46 Stabsoffiziere und 61 Hauptleute und Rittmeister, in Württemberg 25 Stabsoffiziere und 29 Hauptleute und Rittmeister.

Hierzu würde noch die entsprechende Zahl in Bayern kommen, dem nur die betreffende Geldsumme überwiesen wird, und das aus dieser dann seinen Etat erst aufstellt. Es wird sich bei Bayern ungefähr um 70 Stabsoffiziere und um 90 Hauptleute und Rittmeister handeln. Die vorerwähnten Zahlen berühren die Verjüngung der Armee. Man sieht, daß sie nicht allzu bedeutend sind. Es werden per Regiment etwa 2 bis 3 Pas vorwärts gemacht werden.

*

Aus Reichstagskreisen wird der „Neuen politischen Correspondenz“ geschrieben: In den parlamentarischen Kreisen aller bürgerlichen Parteien sieht man das Schicksal der Heeres- und Finanzvorlagen trotz aller Bedenken, die von Einzelnen von rechts und links geltend gemacht werden, als durchaus hoffnungsvoll an. Daß gegen so weitläufige Pläne auch mancherlei Bedenken und Wünsche hervortreten, ist natürlich und Aufgabe der Regierung wird es sein, mit der Fülle ihres sachkundigen Materials und ihrer geschickten Verwertung alle Gegensätze zu entkräften und so mit festerer Hand die Durchführung der Vorlagen auf den vorgezeichneten Grundlagen zu führen. Es wird ja sicherlich an Versuchen nicht fehlen, die Regierung zu Abstrichen zu drängen und ihr das Heft zu entwenden, aber niemand kann im Ernste glauben, damit Erfolg zu erreichen. Zu Heeresfragen muß den militärischen Sachverständigen naturgemäß ein starkes Vertrauen entgegengebracht werden. Es läßt sich deshalb annehmen, daß die bürgerlichen Parteien und die Presse von vornherein ein „Einbeissen“ auf Gegensätze vermeiden und so den parlamentarischen Funktionen die Arbeit nicht erschweren. In allen bürgerlichen Parteien besteht erfreulicherweise die starke Neigung, ohne jede Vorurteilnahme in eine ruhige Beurteilung aller Fragen einzutreten.

*

Preßstimmen zu den Heeres- und Deckungsvorlagen. Zur Heeresvorlage schreiben die „Hamburger Nachrichten“:

Die Wehrvorlage wird in allen nationalen Kreisen des deutschen Volkes ein Gefühl aufrichtiger Befriedigung erwecken, denn, was die neue Wehrvorlage bringt, ist, auch wenn man dieses und jenes in ihr vermissen mag, ganze Arbeit, und besonders erfreulich scheint es uns, daß die geplanten Verstärkungen unserer Armee so schnell als möglich durchgeführt werden sollen. Das ist in der Tat ebenso dringend notwendig wie die Heeresverfärbung selber, denn die internationale Lage, deren Spannungen nun schon seit Jahren den Frieden Europas bedrohen, müssen jeden Aufschub in der Vervollständigung unserer Kriegsrüstung als äußerst bedenklich erscheinen lassen. Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß auch die Reichsregierung sich dieser Einsicht nicht verschlossen hat und die neuen Ergänzungen unserer Armeeargani sation, soweit irgend möglich, schon im Herbst dieses Jahres durchführen will. Die Vorlage bringt materiell im großen und ganzen alles, was von berufenen militärischen Kreisen seit Jahren als notwendig erklärt worden ist. Wenn es in der Begründung heißt, daß hauptsächlich die durch den Balkankrieg herbeigeführte militärische Machtverschiebung in Europa zum Nachteil Deutschlands die jetzigen großen Mehrforderungen veranlaßt habe, so wollen wir in diesem Punkte mit der Reichsregierung und dem Kriegsministerium nicht allzu scharf ins Gericht gehen, obwohl es für jeden Kenner Verhältnisse klar auf der Hand liegt, daß nicht zuletzt auch die Verhältnisse vergangener Jahre die Ursache davon sind, daß wir jetzt diesen gewaltigen Aufschub machen müssen, um das zu erreichen, was eigentlich schon längst hätte erreicht werden sollen und können. Doch, wie gesagt, wir wollen heute nicht rechten und auf eine minder erfreuliche Vergangenheit zurückblicken, wo die Befriedigung darüber überwiegt, daß nun Deutschland endlich das Waffenkleid zu Schutz und Trutz erhält, um allen Stürmen der Zukunft, die nach Menschenmessen nicht ausbleiben werden, die Stirn bieten zu können. Schon der feste nationale Wille, der sich in den Ausmaßen dieser neuen Heeresvorlage zeigt, wird seinen mächtigen Eindruck weder im Inlande noch im Auslande verfehlen, und wir halten es für selbstverständlich, daß der Reichstag ohne viel Marten und Feilschen das Bewilligen wird, was die gebieterische Notwendigkeit erfordert. Besondere Genugtuung wird es überall hervorrufen, daß in diesem Jahre der großen Erinnerungen mit der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht endlich Ernst gemacht wird.

Der nationalliberale „**Hannoversche Kurier**“ schreibt: „Nützungswahnwitz“ rufen die Fanatiker der weltverbrüderten äußersten Linken. Die hohle Phrase verhallt, wo die Tatsachen ihr eindringliches Wort sprechen. Ein hohes Nützungswahnwitz vor 110 Jahren hätte Preußen, und mit ihm ganz Europa, vor dem entsetzlichen Überfall der napoleonischen Kriege bewahrt, wäre also ein sehr kluger, menschenfreundlicher Wahnwitz gewesen. Alle unsere Wehrkosten sind nur Versicherungsspämmen für den deutschen Frieden. Witter hohe allerdings, aber die Prämien erhöhen sich nun einmal bei feuergefährlicher Nachbarschaft. Kein vorsichtiger Nachbar mag darum sein Haus unversichert lassen. Ein Krieg von Jahresdauer würde 6 bis 7 Milliarden kosten; ein unglücklicher gar käme uns mindestens auf 20 bis 25 zu stehen; wobei der Verlust an Land und Leuten, die Einbuße an Weltmachtstellung gar nicht in Anschlag gebracht sind. Was wollen demgegenüber der einmalige Wehrbeitrag von einer Milliarde, die dauernde Kostenerhöhung um 186 Millionen besagen? Das eine wird man jetzt feststellen können, daß die Heeresforderungen ungleich großzügiger ausgefallen sind, als die Deckungsvorschläge der Reichsregierung. Doch wollen wir uns im Augenblick auf die Wiedergabe der Veröffentlichungen beschränken, um im einzelnen später zu den eine Welt interessierenden Fragen der deutschen Wehr- und Deckungsvorlagen Stellung zu nehmen.

Die demokratische „**Franfurter Zeitung**“ hält den Augenblick der Einbringung der Militärvorlage für geeignet, um den Abbau der Schutzgölle zu befürworten:

Das deutsche Volk trägt eine ungeheure indirekte Steuerlast. Aber die Reichsfinanzen leiden Not, weil von dieser ungeheuren indirekten Steuerlast der weitaus größte Teil privaten Steuer-Beziehern zufließt — weil das Reich diese Steuern nicht für sich erhebt, sondern nur, um einer kleinen Schar privater Bevorzugter Jahr für Jahr daraus ein Geschenk von Milliarden zu machen! Jetzt sind wir damit am Ende; neue indirekte Steuern wären in dieser Zeit der Forderung nicht mehr zu ertragen. Das bestätigt nun auch die Regierung, indem sie mit der einmaligen Abgabe an die Vermögenden appelliert. Aber auch die direkten Steuern werden auf die Dauer nur dann erträglich und vor allem ertragreich genug sein, wenn man anfangen wird, die als private Steuern wirkenden Schutzgölle abzutragen und Steuern nur für die Gesamtheit zu erheben. Die Finanznot des Reichs wie der Einzelstaaten und Kommunen drängt, ebenso wie die wirtschaftlichen Wirkungen unserer Zollpolitik, immer zwingender zu einem Abbau des Schutzgöllesystems. Diese Einsicht wird durch die jetzigen furchtbaren Mehrforderungen für die Rüstungszwecke und durch die selbstamen Deckungspläne in weiten Kreisen geweckt werden. Und so werden diese Pläne auf die Dauer doch wenigstens ein Gutes wirken.

Die „**Kölnische Volkszeitung**“, das führende rheinische Zentrumsblatt, schreibt:

Die angeforderten Summen sind außerordentlich hoch und übertreffen alle Heeresvorlagen, die seit 1870 je einmal auf einmal dem deutschen Volke auferlegt worden sind. Zunächst trifft die persönliche Belastung der gewaltigen Militärvermehrung das Landvolk, denn aus den Städten ist bei den bisherigen Erhebungen schon so ziemlich herausgeholt worden, was bei den Aushebungen genommen werden konnte. Die meisten Tagelöhner und Überzähligen, welche bisher vom Militär befreit blieben, waren auf dem Lande beheimatet oder beschäftigt. Es wird deshalb eine gewisse ausgleichende Gerechtigkeit sein, wenn bei den Deckungsvorlagen diese Tatsache der überwiegenden persönlichen Belastung des platten Landes durch die neue Militärvermehrung in Berücksichtigung gezogen wird. Vielleicht kann dem Volke nach dieser Militärvorlage eine Erleichterung geboten werden durch die einheitliche Regelung des Ernteurlaubes sowie durch die Verlegung der Heeresübungen in die Monate April, Mai, Oktober, November, damit nicht noch mehr Arbeitskräfte für die hauptsächlichsten Arbeitsmonate dem platten Lande entzogen werden. . . . In die Augen springt beim Studium der Vorlage die starke Vermehrung der Offiziers- und Beamtenstellen. Hier wird wohl auch am meisten die Kritik einlegen. So werden allein 16 neue Kriegsgerichtsrate verlangt. Für die acht Bataillone der Lehrtruppen werden in Zukunft allein fünf Inspektionen vorhanden sein, nachdem ein eigener Inspekteur für das Flugwesen und ein eigener Inspekteur für die Luftschiffahrt in die neue Militärvorlage einzufügen worden sind. Sehr viele Stellen, die neu angefordert werden, sind nicht dem direkten Bedürfnis der militärischen Ausbildung und den Armeebedürfnissen entsprungen, sondern des Abnehmens wegen geschaffen. . . . Es ist natürlich unmöglich, heute schon endgültig ein Gesamturteil über die Vorlage zu fällen, man muß sich mit einer kurzen Skizzierung begnügen. Das Zentrum wird die Vorlage in allen ihren Einzelheiten sachlich prüfen

und sich bei der Zustimmung im einzelnen nur von sachlichen Momenten leiten lassen.

Zur Frage der Besetzung der 4000 neuen Offizierstellen veröffentlicht die „**Kreuzzeitung**“ folgende Zuschrift:

Die geplante Heeresverfärbung wird eine große Zahl von Offizieren, insbesondere auch von Leutnants erfordern. Es sind etwa 4000 neue etatmäßige Offizierstellen vorgesehen. Bei der Reorganisation von 1860 sah man sich in einem ähnlichen Falle genötigt, in großem Umfange auf die Offiziere des Wehrdienstes zurückzugreifen und viele von ihnen zu längerem aktiven Dienste heranzuziehen. Es scheint nun möglich, daß man diejenigen Freiwilligen, welche zu Offizieren des Wehrdienstes ausersehen sind, dazu veranlaßt, freiwillig ein zweites Jahr zu dienen. Es kann vieles leicht dadurch geschehen, daß man denjenigen Freiwilligen, welche ein staatliches Zivildienst, voraussetzlich zu dem zweiten Dienstjahre zu veranlassen, sich freiwillig zu dem zweiten Dienstjahre zu verpflichten. Kurz nach Beginn des zweiten Dienstjahres, während dessen sie, wie bei Heeresübungen, Gehalt beziehen und am Offizierdienst teilnehmen, werden die Freiwilligen nach Wahl bei dem aktiven Offizierkorps zu Reserveoffizieren des Regiments ernannt. Das zweite freiwillige Jahr wird am besten unmittelbar im Anschlusse an das erste gedient; es kann aber auch, wo es noch zweifelhaft ist, ob im fünftägigen Leben eine dem Offizierstande angemessene Stellung erreicht werden wird, auf ein oder zwei Jahre verschoben werden. Namentlich die Juristen, die jetzt auch nach bestehenden Prüfungen lange auf Anstellung warten müssen, werden gern ein Jahr dieser Wartzeit als besoldete Leutnants verbringen und dabei noch ein weiteres Jahr für die Anstellung im Zivildienst gewinnen. Voraussetzlich würde also bei dem Eintreten der Heeresverfärbung sofort eine große Anzahl von Reserveoffizieren zur Unterstützung des aktiven Offizierkorps vorhanden sein.

Die Veröffentlichung der Heeres- und Deckungsvorlagen.

In der Presse ist die zu später Stunde erfolgte Veröffentlichung der Wehr- und Finanzvorlagen als ein „**Erzd**“ bezeichnet worden, durch den man eine gleichzeitige kritische Würdigung der Regierungsvorschläge verhindern wollte. Diese Auffassung ist, wie die „**Neue politische Korrespondenz**“ mitteilt, völlig unzutreffend. Der Reichskanzler hatte von vornherein eine sofortige Veröffentlichung der Vorlagen nach deren endgültiger Feststellung durch den Bundesrat vorgeesehen. Da die Heeresvorlagen bereits in den Bundesratsausschüssen einstimmig angenommen worden waren, konnte der Druck dieser Aktenstücke am Tage der entscheidenden Bundesratsitzung frühzeitig vorbereitet werden. Anders lag die Sache mit den Deckungsvorlagen, hier konnten erst die Referate nach dem Abschluß der Beratungen — der in den frühen Abendstunden erfolgte — zum Druck kommen. Es war alles mit großer Sorgfalt vorbereitet worden, um jede Inziskretion, wie sie leider bei anderen Vorlagen vorgekommen ist, zu verhindern. Die Veröffentlichung war auch für eine frühere Stunde vorgeesehen, die technische Durchführung erforderte aber, nachdem noch die Finanzvorlagen zu schaffen waren, weitere Zeit. Es ergibt sich hieraus ohne weiteres, daß die Absicht einer möglichst späten Veröffentlichung niemals vorgelegen hat, und die Presse sollte in ihrem eigensten Interesse einen solchen Vorwurf nicht länger erheben. Die Wichtigkeit der großen nationalen Sache erfordert es, daß aus der Kritik alle unberechtigten Angriffe ausgechieden werden.

Die „**Nordd. Allg. Zeitung**“ schreibt zu derselben Angelegenheit: Mehrere Zeitungen haben sich darüber auf, daß die Sonderausgabe der „**Norddeutschen Allgemeinen Zeitung**“, in welcher die Heeres- und Deckungsvorlagen veröffentlicht wurden, nicht schon in den ersten Abendstunden ausgegeben wurde. Die „**Wolffsche Zeitung**“ schreibt: Die Regierung hat einen großen Erfolg errungen. Sie hat nämlich durch die späte Veröffentlichung des Inhalts der Deckungsvorlagen verhindert, daß die Presse insgesamt alsbald zu ihren Vorschlägen Stellung nehme. Das war offenbar der Zweck der übigen Fertigung war die Sonderausgabe der „**Nordd. Allg. Ztg.**“ vernünftig längt. Aber sie wurde gefesselt bis 10 Uhr nachts zurückgehalten usw.

Von einer absichtlichen Verzögerung kann keine Rede sein. Das Blatt scheint nicht zu wissen, daß die Plenarsitzung des Bundesrats, welche abgewartet werden mußte, um 4 Uhr nachmittags begann und mehrere Stunden in Anspruch nahm. Erst nach Erledigung der Sitzung sind uns die Auszüge zugegangen.

Eine neue Rede Churchills.

Bei der Weiterberatung des britischen Flottenetats im englischen Unterhause erklärte **Lord Har die** zu dem von Churchill an Deutschland gerichteten Vorschlag, im Flottenbau ein Jahr eine Pause eintreten zu lassen, die Admiralität habe gefunden, daß die Durchführung des englischen Flottenprogramms bei der Überlastung der Schiffbauwerkstätten unmöglich sei und der Vorschlag Churchill sei nichts weiter als ein Winkelzug, um die rückständigen Flottenbauten aufarbeiten zu können. — Churchill wandte sich gegen diese Auffassung seines Vorschlages, den er in gutem Glauben und in aller Aufrichtigkeit gemacht habe und erklärte weiter, er sei gefragt worden, ob er seinen Vorschlag auch vom deutschen Standpunkt aus durchdacht habe. Er könne diese Frage wahrheitsgemäß bejahen und gerade weil er ihn vom deutschen Standpunkt aus durchdacht habe, habe er Vertrauen darin gesetzt, weil der Vorschlag Hand und Fuß habe. Wenn er nicht angenommen werde, so werde das sich daraus ergebende Fazit für die englische Flottenmacht nicht schädlich sein.

Churchill sagte weiter, daß die Verzögerung auf den Schiffbauwerkstätten den Kräfteüberschuß, auf den die Admiralität hinarbeite, nicht merklich berühren würde. Wenn diese Verzögerung eine solche Wirkung haben würde, so würde es möglich

sein, Leute von anderen Arbeitsgebieten hinzuzunehmen, jedoch würden die Kosten dafür unter den bestehenden Umständen nicht gerechtfertigt sein. Die Verzögerung der Werften beruhe in keiner Weise den Beginn und die Ausführung der Neubauten. Es würde, wenn notwendig, möglich sein, während dieses Jahres mit dem Bau von 4 oder 5 Schlachtschiffen zu beginnen, abgesehen von den jährlichen 5 und dem der malayischen Staaten, also insgesamt von 10 oder 11, die innerhalb 24—30 Monaten fertiggestellt werden könnten, ohne daß der Bau von 5 Schlachtschiffen aufgehalten werde, die in England für fremde Regierungen fertiggestellt würden. Es sei auch keine Schwierigkeit bei der Besetzung der Schiffe vorhanden, auch würde keine Schwierigkeit wegen des Geldes bestehen. Es würde auch nicht notwendig sein, eine Anleihe aufzunehmen oder eine neue Steuer aufzuerlegen, da das Geld, das während der letzten 3 Jahre für die Berringerung der Staatsschuld verwendet worden sei, einen weit höheren Betrag erreiche als irgend eine Summe, die für die erwählten Bauten notwendig wäre. Churchill fuhr fort: Wenn wir solche Schritte nicht unternehmen, so geschieht es nicht deshalb, weil sie nicht möglich sind, sondern weil sie nicht nötig sind. Die Annahme, daß wir Schwierigkeiten hätten, unser Programm auszuführen und daß der aufrichtige freundschaftliche Vorschlag, den ich gemacht habe, bloß ein Kniff sei, um unsere Schmach zu verhehlen oder geheim einen Vorsprung zu gewinnen, ist ebenso unbegründet wie unwirksam. Der Redner hofft, es werde verstanden werden, daß keine Schwierigkeit vorhanden sei, sowohl englische Schiffe schneller zu bauen, wenn es nötig sein sollte, als auch den Bau dreier kanadischer Schiffe abzuschließen, der jetzt in Kanada erwogen wurde. Churchill erklärte weiter, daß die Geschwader der 1. und 2. Flotte dadurch weiter verstärkt werden sollten, daß ihre Schiffe während der Wintermonate ausgebeßert, statt daß sie zu verschiedenen Zeiten des Jahres zurückgezogen würden, je nachdem es den Werften gepaßt habe. Der Redner wandte sich dann der Behauptung zu, daß der Flotte 20 000 Mann zur vollen Besetzung fehlten. Es gibt keinen Grund, der tiefer in den hauswirtschaftlichen Gemütern des Auslandes wurzelt als den, daß wir, wenn wir auch bauen können, die Schiffe niemals besetzen können, oder daß das Volk niemals die Opfer bringen werde, die zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit notwendig sind. Dies ist eine der unfähigsten und irrtümlichsten Einbildungen, die jegeht werden können. Die Behauptung von einem Mannschafsmangel ist vollständig unwirksam. Churchill schilderte dann an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials die Stärkeverhältnisse der englischen und der deutschen Flotte zueinander in den verschiedenen Zeitaltern und zeigte, daß ein Überschuß von 60 Proz. mehr als aufrecht erhalten worden sei. Es habe immer die Auffassung geherrscht, daß dieser 60 Prozent-Standard, der ersten starken Flottenmacht gegenüber auch eine gewisse Anzahl von Schiffen für den Auslandsdienst zu liefern habe. Die Admiralität sei vor einiger Zeit zu dem Entschluß gekommen, daß das Mindestverhältnis der in dem heimischen Gewässern zu haltenden Dreadnoughts Deutschland gegenüber 3 : 2 betragen müsse, mit anderen Worten, daß es ein Sechstel dieses 60 Prozentigen Überschusses als verfügbar für den allgemeinen Dienst des Reiches angesehen werden könne, außer dem bisher schon in Dienst gehaltenen Überschuß über den 60 Prozent-Standard. Churchill gab sodann Einzelheiten über die Anzahl Schiffe, die verfügbar sein würden für den gesamten Reichsdienst auf der ganzen Erde. Die Zahl sei ganz ausreichend für 1916. Aber mit Rücksicht auf die Verantwortlichkeit des Reiches im Stillen Ozean und im Mitteländischen Meer, sowie insbesondere auf die neue Entwicklung der Kräfte im Mitteländischen Meer würde dieser Kräfteüberschuß nach dem ersten Viertel des Jahres 1918 nicht mehr ausreichen, sofern nicht weitere Schritte von Dominions oder von Großbritannien selbst unternommen würden. Von diesem Standpunkt aus könne der tatsächliche Bedarf an kanadischen Schiffen wohl gewürdigt werden. Sie würden eine wesentliche Rolle spielen bei der Verteidigung des Reiches. Churchill pries sodann den unschätzbaren Wert des in dem kanadischen Angebot liegenden Prinzips. Der Minister gab schließlich eine ziffernmäßige Darstellung über die Schiffe, die für den Reichsdienst verfügbar seien und zwar mit Einschluß der kanadischen Schiffe. Er erklärte, seine Aufstellungen hätten nur Gültigkeit, falls nicht weitere Entwicklungen im Mittelmeer und im Stillen Ozean eintreten würden. Wenn neue Entwicklungen solcher Art stattfänden, daß sie das Programm der Admiralität berührten oder aus den kanadischen Schiffen wegen irgend eines Grundes nichts werde, so müsse die Lage wieder geprüft werden.

Die Balkankrise.

Die Kollektionnote der Großmächte wurde dem türkischen Minister des Äußern durch den Doyen des diplomatischen Korps in Konstantinopel, Markgrafen von Pallavicini, in Gegenwart der anderen Vorkämpfer überreicht. In der Note wird als Grenze die direkte Linie **Enos-Midia** vorgeschlagen. Wie es heißt, erklären die Mächte, sie könnten die Forderung einer Kriegsentfärbung seitens der Verbündeten nicht unterstützen. In der Note wird die Einstellung der Feindseligkeiten von der Annahme der Friedensgrundlagen an verlangt.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hatte die Londoner Vorkämpfervereinigung am Montag nachmittag um 4 Uhr eine Zusammenkunft und vertagte sich um 6 Uhr bis Mittwoch. Die Antworten der Verbündeten auf die Vorschläge der Mächte sind auf dem Wege. Alle Mächte billigten eine Flotten demonstration, doch dürften nicht alle daran teilnehmen. Von Montenegro ist hinsichtlich Skutaris noch keine Antwort eingetroffen.

Die österreichische Regierung scheint inzwischen mit der Androhung einer Flotten demonstration gegenüber Montenegro Ernst machen zu wollen.

Sofia, 1. April. Wie verlautet, hat gestern morgen das bei Cattaro verjammelte österreichische Geschwader den Befehl zum Auslaufen erhalten. Das Geschwader lag abends etwa zwanzig Kilometer von Antivari. Das 23. Landwehrrinfanterieregiment in Zara wurde gestern abend eingeschifft und ging in südlicher Richtung ab. Es wird in Metkovich ausgeschifft werden.

Ectinje, 31. März. Die Türken in Skutari unternahmen um 9 Uhr vormittags einen Angriff vom **Tarabosch** aus, worauf die montenegrinische Infanterie in Aktion trat. Ein heftiges Bombardement dauert auf beiden Seiten an.

St. Petersburg, 1. April. Gestern nachmittag wurde die erste Sitzung der bulgarisch-rumänischen Konferenz abgehalten; sie hat einen vorläufigen Meinungsaustausch unter den Delegierten herbeigeführt.

Köln, 31. März. Ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ zur Lage, bemerkt gegenüber der Meldung des Pariser „Journal“ über besondere Zwischenfälle in der Sitzung der Votschaster in Konstantinopel, bei der späte Worte zwischen dem deutschen und dem russischen Votschaster gefallen sein sollten, daß über einen derartigen Zwischenfall in Berlin nichts bekannt ist.

Politische Übersicht.

Zum Tode des Fürsten Heinrich XIV. j. R. Neuf.

Das Beileidstelegramm, das der Kaiser an den Fürsten Heinrich XXVII. anlässlich des Todes des Fürsten Heinrich XIV. richtete, hat folgenden Wortlaut: „Mit herzlicher Teilnahme habe ich die Mitteilung vom Hinscheiden Deines geliebten Vaters empfangen. Zu diesem schweren Verluste spreche ich Dir mein wärmstes Beileid aus. Gott der Herr geleite Deine Regierung allezeit mit seiner Gnade zum Segen der russischen Lande. Ich gedenke mit Wehmut daran, wie nahe der Verstorbene meinem Vater stand. Wilhelm I. R.“

Das preussische Armeeverordnungsblatt veröffentlicht eine an den Kriegsminister gerichtete allerhöchste Kabinettsordre, die anlässlich des Todes des Fürsten Heinrich XIV. Neuf jüngere Linie folgendes bestimmt: 1. Die Offiziere des Standortes Gera schließen sich der Landes- trauer an. 2. Die Offiziere des magdeburgischen Jägerbataillons Nr. 4 haben auf 3 Tage Trauer anzulegen. 3. An der Beisetzung in Schleiz nehmen teil: a) Das erste Bataillon des 7. thüringischen Infanterieregiments Nr. 96 nach den Beschlüssen des fürstlichen Hauses bezw. der fürstlichen Regierung, b) Der kommandierende General des 11. Armeekorps, c) Der Regimentskommandeur und der Kommandeur des 2. Bataillons des 7. thüringischen Infanterieregiments Nr. 96, d) Der Kommandeur des magdeburgischen Jägerbataillons Nr. 4.

Kaisertage in Homburg v. d. S. Am Montagmorgen unternahm das Kaiserpaar mit der Prinzessin Viktoria Luise eine Autofahrt über die Saalburg und einen Spaziergang über die Hochmühle durch das Köppernetal und kehrte im Automobil wieder nach Homburg zurück. — Zur Abendstafel waren geladen: Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen mit Gefolge, sowie Major von Schmid des in Homburg v. d. S. garnisonierenden 1. Bataillons des Jägerregiments von Gersdorf.

Der Prinz von Wales traf am Montag vormittag um 9 Uhr am Portal des Luftschiffbaugeländes in Friedrichshafen ein, wo er vom Grafen Zeppelin, dessen Neffen, Grafen Zeppelin jun., Direktor Colzmann, Oberingenieur Dürr und dem übrigen Stabe des Grafen empfangen wurde. Nachdem der Weg über den großen Platz zurückgelegt war, erfolgte zunächst eine Besichtigung der Fabrikationsräume. Das Wetter hatte sich inzwischen sehr böig gestaltet. Ein kräftiger Föhn wehte über dem See. Von einem gemeinsamen Aufstieg wurde deshalb abgesehen. Um aber das Luftschiff dem Prinzen vorzuführen, wurde es aus der Halle gezogen und unternahm um 9 Uhr 45 Min. eine kurze Fahrt, die sich bis 10 Uhr 5 Min. ausdehnte und über die nähere Umgebung des Luftschiffbaues erstreckte. Nach der Landung wurde die Besichtigung der Luftschiffbauanlage fortgesetzt. Der Prinz sprach dem Grafen Zeppelin seinen Dank und seine Anerkennung über alles, was er gesehen hatte, aus. Daraus schloß sich eine Fahrt nach Manzell, um den dortigen Wasserflugzeugbau des Oberingenieurs Kober zu besichtigen. Der Flieger Gsell führte auf seinem Wasserflugzeug bei stürmischem Winde und stark bewegter See dem Prinzen von Wales einige wohlgeleitene Rund- und Gleitflüge vor; daran schloß sich eine Besichtigung des königlichen Schlosses, worauf die Gäste mittels Auto nach Bregenz fuhren. — Eine besondere Aufmerksamkeit des Königs war es, daß er seinen Flügeladjutanten, Freiherrn Capler von Odheim als Begleiter des Prinzen für den Ausflug nach dem Bodensee bestimmte.

* Ausland.

Athen, 1. April. Die öffentliche Aufbahrung der Leiche des Königs Georg von Griechenland, vor der gestern noch alle Schulen defilierten, hat ihr Ende erreicht. Mehrere tausend Fremde sind angekommen, um den Beisetzungsfestlichkeiten beizuwohnen.

Washington, 31. März. Der Schriftsteller Walter Page hat den Posten des Votschasters in London angenommen.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 1. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm gestern abend an einem Essen des Offizierkorps der Unteroffizierschule in Ettlingen teil.

Heute vormittag hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb und des Ministers Dr. Böhm. Seine königliche Hoheit der Großherzog besuchte danach den Generalmajor z. D. von Wolff und den Oberst a. D. Schauffler in ihren Wohnungen, um ihnen höchstpersönlich Glückwünsche zum heutigen Tag, an dem beide vor 70 Jahren in den Militärdienst eingetreten sind, darzubringen.

Um 12 Uhr nahm Seine königliche Hoheit der Großherzog die Meldung des Rittmeisters Grafen von Helldorf statt im Manenregiment Prinz August von Württemberg (1. Posen'schen) Nr. 10, bisher im 2. Badischen Dragonerregiment Nr. 21, entgegen.

Nach halb 1 Uhr traf Seine hochfürstliche Durchlaucht Prinz Albrecht zu Schaumburg-Lippe mit seinem Sohne dem Prinzen Franz Joseph hier ein. Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing den hohen Besuch am Bahnhof und geleitete denselben zum Großherzoglichen Palais.

Nachmittags und abends hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge der Geheimeräte Dr. Freiherr von Babo und Dr. von Nicolai.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise begab sich gestern von hier nach Oberursel zum Besuch Ihrer Majestät der Königin der Niederlande und von da nach Homburg v. d. S., wo höchstselbst Ihren Majestäten den Kaiser und der Kaiserin einen Besuch abstattete. Ihre königliche Hoheit kehrte spät abends hierher zurück.

Die durch die Presse laufende Nachricht, daß in nächster Zeit Veränderungen in der Besetzung des Kabinetts des Unterrichtsministeriums bevorstünden, trifft, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nicht zu.

B.C. Mannheim, 31. März. Der Verein des Evangelischen Bundes in Mannheim hielt gestern eine Jahreshauptversammlung im Rabelungensaal ab, die außerordentlich stark besucht war. Pfarrer Werner-Frankfurt a. M. hielt einen Vortrag über 1813. Nach ihm sprach Universitätsprofessor Dr. Thümmel-Zena über das Jahr 1913, wobei er u. a. auch die Jesuitenfrage berührte. Am Schlusse der Versammlung gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Mehr als 3000 in Mannheim versammelte evangelische Männer und Frauen richten an den Bundesrat die Bitte, einem Reichstagsbeschlusse, das Jesuitengesetz aufzuheben, unter keinen Umständen stattzugeben, da die Wiederkehr des einst aus wohlwogenen Gründen ausgeschlossenen Ordens Jesu eine ernste Gefahr für den konfessionellen Frieden in unserem ohnehin schon zerklüfteten Vaterlande bedeutet.“

Langensteinbach, 1. April. In den Ziegeleierwerken der Aktiengesellschaft Gebrüder Wetter brach gestern abend gegen 8 Uhr Großfeuer aus, das binnen 2 Stunden das ganze Fabrikgebäude nebst Nebengebäuden in Asche legte. Nur das Maschinenhaus steht noch. Der Schaden wird auf ca. 350 000 Mark geschätzt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Balkankrise.

Konstantinopel, 1. April. Die Note der Mächte schlägt im Wortlaut folgende Grundlagen für die Friedenspräliminarien vor:

1. Die Grenze des Osmanischen Reiches in Europa wird einer geraden Linie folgen. Die zwischen Gnos und Midia gezogen wird. Alle westlich dieser Linie liegenden Gebiete werden von der Türkei an die Verbündeten abgetreten mit Ausnahme von Albanien, dessen Abgrenzung und Verfassungssystem der Bestimmung durch die Mächte vorbehalten bleibt.

2. Die Regelung der Frage der Inseln des ägäischen Meeres wird der Entscheidung der Mächte überlassen.

3. Die Türkei spricht ihr vollständiges Desinteressement an Akreta aus.

4. Die Mächte können sich dem Verlangen einer Kriegsschlichtung nicht geneigt zeigen, räumen aber den kriegführenden Staaten das Recht ein, an den Beratungen der in Paris zusammentretenden internationalen Kommission teilzunehmen, die eine gerechte Verteilung der verbündeten Staaten an der Osmanischen Staats-schuld und an den finanziellen Lasten der Gebiete zu regeln hätte, die ihnen zufallen. Mit der Annahme dieser Grundlage für die Friedenspräliminarien werden die Feindseligkeiten ein Ende zu finden haben.

Konstantinopel, 1. April. Die Antwortnote der Pforte ist heute dem österreichisch-ungarischen Votschaster Markgrafen Pallavicini überreicht worden. Die Pforte nimmt die Vorschläge der Mächte an.

Paris, 1. April. In einer anscheinend vom „Quai d'Orsay“ stammenden Mitteilung über den Beschluß der Londoner Votschasterkonferenz betreffend die Flottendemonstration gegen Montenegro heißt es: Die Lage Frankreichs ist durch die Haltung seines russischen Verbündeten besonders schwierig gestaltet. Fast zur selben Stunde, wo der russische Votschaster, Graf Bendendorff, seitens seiner Regierung einem gemeinsamen Vorgehen gegen Montenegro zustimmte, gab der hiesige russische Votschaster Zwolski dem Minister des Äußeren, Pichon, bekannt, daß Rußland alle Vorbehalte bezüglich der Flottendemonstration mache und in ihr eine ernste Gefahr erblicke. Gestern abend teilte eine Savasnote mit, daß Frankreich keineswegs beschloffen habe, an der Flottendemonstration mitzuwirken.

London, 1. April. Die „Times“ betonen, daß Europa seinen Willen gegenüber Montenegro, dessen Bevölkerung der einer kleineren Provinzstadt gleichkomme, durchsetzen müsse. Es werden vielleicht nicht alle Mächte an einer Flottendemonstration teilnehmen, aber diejeni-

gen, die sie beabsichtigten, besitzen die volle ausdrückliche Zustimmung der übrigen. Wenn Europa nicht den moralischen Mut hat, seinen wohlüberlegten Willen aufzuzwingen, so wird es jedermann offenbar sein, daß es keinem Staate gegenüber dazu in der Lage wäre, Europa würde die kleinen Völker lehren, daß alle seine offizielle diplomatische Arbeit eine Farce sei und daß seine Beschlüsse und seine Drohungen bedeutungslos wären. Montenegro stellt die Mächte auf die Probe. Wie werden sie sie bestehen?

London, 1. April. Wie das Reutersche Bureau erfährt, erwartet man, daß sich an der Flottendemonstration gegen Montenegro britische, französische, österreichisch-ungarische und italienische Kriegsschiffe beteiligen werden. Deutsche Kriegsschiffe werden, da sich keine in der Nähe befinden, nicht teilnehmen. Rußland wird kein Schiff entsenden, hat aber das gemeinsame Vorgehen gebilligt, in der Meinung, daß es zum Besten der Interessen der Balkanstaaten diene.

Homburg v. d. S., 1. April. Heute vormittag machte das Kaiserpaar einen Spazierritt. Zur Frühstückstafel beim Kaiserpaar war Prinz Heinrich der Niederlande geladen.

Berlin, 1. April. Admiral Bohl ist mit dem heutigen ersten April zum Chef des Admiralstabes der Marine ernannt und Admiral von Heeringen mit diesem Zeitpunkt unter Enthebung von seiner Stellung als Vizeadmiralstabchef der Marine zur Allerhöchsten Verfügung gestellt worden.

Berlin, 1. April. Der Gutspächter Sohlt in Rehberg ist von der Pachtung des zur Cabiner Besitzung des Kaisers gehörigen Gutes Rehberg zurückgetreten. Die Auflösung des Pachtverhältnisses ist unter Zugleichung der Landwirtschaftskammer für Westpreußen in einer beide Parteien vollbefriedigenden Vereinbarung erfolgt. Dem bisherigen Pächter des Kaiserlichen Gutes ist zugleich der Kronenorden vierter Klasse verliehen worden.

Paris, 1. April. Das belgische Königspaar ist gestern abend aus Kap d'Antibes an der Riviera in strengstem Inognito hier eingetroffen und wird dem Präsidenten der Republik und dessen Gemahlin heute einen Besuch abstatten.

Paris, 1. April. Der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten hat beantragt, das Konsulat erster Klasse in Berlin aufzuheben und es durch eine Konsulatsabteilung bei der Botschaft zu ersetzen.

Köln, 31. März. Hierpont Marjan starb in dem Hotel, in dem er hier wohnte. Während seiner letzten Augenblicke wollte seine Tochter Marie, sein Schwiegersohn Dr. Satterlee und der Arzt Dickson bei ihm. Der Leichnam wird einbalsamiert und nach Amerika gebracht.

Familiennachrichten.

Eheaufgebote. Karl Binkle von Renzingen, Fuhrmann hier, mit Pauline Fies Witwe von Bradenheim. — Albert Trutter von hier, Desinfektor hier, mit Elisabeth Orth von Gleisweiler. — Gustav Rupp von Langensteinbach, Schlosser hier, mit Elise Werner von Würzburg. — Franz Doh von Waldhörn, Sanitätsstiergeant hier, mit Ella Bühler von Freiburg. — Joseph Barth, von Forst, Zimmermann hier, mit Anna Schmann von hier.

Todesfälle. Katharina Metz, ledig. — Marie Schäfer, Ehefrau. — Leopoldine Wiener, Witwe. — Elisabeth Klumpf, Witwe. — Georg Wöhle, Witwer, Metzger. — August Fritsch, Chemann, Radmeister.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrodynamik vom 1. April 1913.

Die Luftdruckverteilung ist auch heute eine sehr ungleichmäßige. Hoher Druck bedeckt den Osten, sowie den Südwesten Europas; außer einer Depression im hohen Nordwesten liegen Teilminima über der Nordsee, über Nordfrankreich und über Italien. Im Westen Deutschlands ist Regenwetter eingetreten, während es im Osten am Morgen noch vielfach heiter war. Eine wesentlich gleichmäßigere Luftdruckverteilung ist vorerst nicht zu erwarten; es sieht deshalb meist trübes und ziemlich mildes Wetter mit weiteren Regenfällen in Aussicht.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 1. April, früh:
Lugano Regen 9 Grad, Biarritz bedeckt 10 Grad, Perpignan wolfig 11 Grad, Triest heiter 15 Grad, Rom wolfig 12 Grad, Cagliari Regen 13 Grad, Brindisi wolkenlos 11 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

März	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
31. Nachts	9 ^h 11. 746.9	14.2	8.4	69	W	bedeckt.
April						
1. Morgs.	7 ^h 11. 749.5	9.0	7.7	91	SW	Regen.
1. Mittags.	2 ^h 11. 750.5	11.9	6.8	66		bedeckt

Höchste Temperatur am 31. März: 20.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 9.0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 1. April, 7^h früh: 0.1 mm.

Wasserstand des Rheins am 1. April, früh: Schufterinsel 1.70 m, gestiegen 4 cm; Rehl 2.70 m, gefallen 1 cm; Maxau 4.20 m, gefallen 9 cm; Rauhheim 3.57 m, gefallen 13 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

„Henneberg-Seide“ nur direkt! — schwarz, weiß und farbig von Mark 1.15 an per Meter, für Blusen und Roben. Franco u. schon verzollt ins Haus geliefert. Neidge Muster auswahl umgeben. D.423
G. Henneberg, Hofb. v. d. deutschen Kaiserin, Zürich.

